

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernspr. A 8538
Postfachkonto Köln 18937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 18

Köln, den 3. September 1921

9. Jahrgang

Die Not steigt.

Alle Hoffnungen, die wir im Laufe des Jahres und Sommers hegten, die bei unseren Bedarfsartikeln und Lebensmitteln während einsetzender Preisentwertung würde weiteranhaltend und zu einer allgemeinen Preisentwertung führen, haben sich nicht erfüllt. In den letzten zwei Monaten sind die Preise wiederum nicht nur konstant geblieben, sondern eine neue Teuerungswelle setzte mit Gewalt ein. Am meisten trat die erhebliche Getreidepreiserhöhung in die Erscheinung. Die naturgemäß notwendige Folge der wesentlichen Erhöhung der Getreidepreise, soweit sie vom Getreide für das abzuliefernde Getreide gebildet werden, wie auch des Voranpreises des freien Getreides, ist eine weitere Erhöhung aller übrigen landwirtschaftlichen Produkte. Der Preis für Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Vieh und Fleisch usw. ist nicht voneinander unabhängig, sondern steht in enger Wechselwirkung zueinander. Besonders heute, wo infolge unserer zerrütteten Valuta und einer ungünstigen politischen Lage der Preisregulator der ausländischen Einfuhr nicht vollständig fehlt.

Am 31. August muß Deutschland die an diesem Tage fällige weitere Milliarde Goldmark an die Entente gezahlt haben. Zu dem Zwecke wurden alle erreichbaren ausländischen Werte (Devisen), die neben Gold bereits Zahlungsmittel in Betracht kommen, veräußert. Die Folge davon ist eine weitere Verschlechterung unserer Valuta und Steigen der Preise für alle ausländischen Waren und Rohstoffe. Nur ein Beispiel: Ausländische Baumwolle innerhalb der letzten vier Wochen um Kleinhandel von 8 M. auf 12 M. gestiegen.

Die ständige Verschlechterung unserer Valuta trägt auch noch eine weitere Gefahr in sich. Ein großer Teil der deutschen Importeure ist mit der Zeit nicht kapitalistisch genug, um den Außenhandel selbständig zu betreiben. Ausländische und inländische Bankenkonten sind bemüht, sich bei verschiedenen Ländern ein gewisses Handelsmonopol zu sichern. Die unliebsame Konkurrenz wird dadurch wesentlich eingeschränkt oder beseitigt. Die weitere Folge davon, daß das deutsche Volk diesen Kapitalistengruppen einen besonderen Tribut zahlen muß, um überhaupt das Notwendigste zum Leben zu bekommen.

Nur in nächster Zeit erst wird das deutsche Volk die Folgen des verlorenen Krieges zu spüren bekommen. Die gewaltigen Kriegsschulden, die Zahlungen an das Ausland, die nicht durch die Rentenrente gedeckt werden, in Ansehung von neuen Steuern, die vom Volke getragen werden müssen, werden heute bekannt, werden die Folgen nicht nur den Vätern, sondern auch den Kindern haben ganz erheblich belastet und werden heute noch weiter verschärft werden.

Wie stellt sich nun die Arbeiter- und Angestelltenchaft zu diesen Fragen? Hier kann es nur eine Antwort geben. Wir sind am Ende unserer Leistungsfähigkeit angelangt. Wir stellen nicht die Frage, rentieren sich die Aufwendungen für unsere Leistungen, rentiert sich noch das in den Betrieb eingesetzte Kapital, wie es Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft tut. Wir verlangen nicht Erhaltung und Mehrung unseres Besitzes, sondern das Recht und die Möglichkeit zum Leben für uns und unsere Familie. Dieses Recht geht dem Rechte nach Gewinn und Besitz voran.

Jede weitere Belastung der Arbeitnehmer werden wir nunmehr, da die Existenz, die Lebensmöglichkeit gefährdet ist, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf diejenigen Volksteile abzumähen versuchen, denen die Not der Zeit noch nicht am Leben und der Gesundheit nagt. Lohnbewegungen auf der ganzen Linie. Ein anderes steht uns nicht zur Verfügung.

Bei diesem unserem Vorgehen ist aber selbstverständlich, daß wir, um den Erfolg zu sichern, streng an den erprobten Regeln des gewerkschaftlichen Kampfes festhalten müssen. Kein wildes Drauflosgehen, wo das Gefühl mit dem klaren Verstande und kühlem Kopfe durchgeht. Keine Wut und planloses Handeln. Strenge gewerkschaftliche Disziplin allein kann uns zum Ziele führen. Die Vorarbeiten sind geleistet.

Am 19. August fand eine gut besuchte Sitzung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands in Berlin statt. Es handelte sich um die Frage der Rückwirkung der Erhöhung der Brotpreise auf die Lebenshaltung. Die Arbeitnehmervertreter ergriffen die Vertreter der Arbeitgeber, mit ihnen darin einig zu gehen, den beiderseitigen Tarifkontrahenten zu empfehlen, schleunigst in Verhandlungen einzutreten, um der sprunghaften Teuerung der letzten Zeit durch Teuerungszulagen zu begegnen. Die Arbeitgebervertreter bestritten zunächst das Bestehen einer allgemeinen Teuerung und wollten diese nur beim Brotpreis anerkennen. Sie gaben ferner der Ansicht Ausdruck, daß man zweckmäßigerweise seitens der Zentralarbeitsgemeinschaft sich möglichst nicht um Lohnverhandlungen kümmern sollte. Die Arbeitnehmer dagegen vertraten die Meinung, daß es eine der vornehmsten Zwecke der Zentralarbeitsgemeinschaft sei, unter Wirtschaftlichen mit vor Erschütterungen bewahren zu helfen. Darum sei es durchaus zweckmäßig, wenn die Zentralarbeitsgemeinschaft vorwiegend den Tarifkontrahenten sofort empfiehlt, in Verhandlungen über einen Teuerungsausgleich einzutreten, damit alle unumgänglichen Wirtschaftlichen, die in der letzten Zeit unempfindlich geworden

sein können, von vornherein möglichst ausgeschaltet werden. Nach längeren Verhandlungen kam schließlich ein Beschluß des Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft zustande, der folgenden Wortlaut hat:

„Nachdem die in den Verhandlungen vom 1. April 1921 erwähnte Erhöhung des Brotpreises eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft gemäß dem damaligen Beschluß, in Verhandlungen der Tarifkontrahenten dieser Tatsache und den sich daraus ergebenden Folgen Rechnung zu tragen, soweit dies noch nicht geschehen oder ausdrücklich vereinbart ist.“

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Selbstverständlich kann es sich in den kommenden Verhandlungen über den Teuerungsausgleich nicht nur darum handeln, den Mehrpreis des Brotes zugrunde zu legen, denn es ist durchaus bekannt, daß die Erhöhung des Brotpreises ganz naturgemäß auch allgemein verteuernd wirkt. Zudem sind die Preise auch für eine Reihe anderer Lebensmittel und Bedarfsartikel in letzter Zeit stark gestiegen. Dieses ist auch weiter nicht verwunderlich, wenn man sich den abwärtsleitenden Kurs der deutschen Mark anschaut.

Der letzte Satz der Entschließung soll auch diese Umstände treffen. Darum heißt es: „dieser Tatsache und den sich daraus ergebenden Folgen Rechnung tragen“. Offenlich sind die den Reichsarbeitsgemeinschaften angeschlossenen Arbeitgeberverbände ebenfalls weitläufig genug, es nicht erst auf Arbeitniederlegungen und Störungen unseres Wirtschaftslebens ankommen zu lassen, sondern freiwillig und ausreichend den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Für die unsern Verbände angeschlossenen Angestellten und Arbeiter sind ebenfalls die Vorbereitungen für eine Neuordnung der Einkommensverhältnisse getroffen.

Nachstehende Vereinbarung wurde zwischen den am Reichsmanteltarif für die deutschen Gemeinden und Kommunalverbände beteiligten Vertragsparteien abgeschlossen. Seitens des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist eine Vereinbarung mit diesem Wortlaut zunächst allein abgeschlossen worden, weshalb auch unterseits der Abschluß gesondert erfolgen mußte.

Vereinbarung.

In Erkenntnis der sich vorbereitenden Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen empfehlen der Reichsarbeitsgeberverband, Verband der Gemeinden und Kommunalverbände und der Gewerkschafterverband der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands ihren Mitgliedern

unverzüglich alle Vorbereitungen zu treffen, um sich bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zu beteiligen.

Art und Höhe der durch die Teuerungverhältnisse gebotenen Lohnzuschläge zu verhandigen.

Bei der Verschiedenheit der bezüglichen (örtlichen) Verhältnisse sind die Voraussetzungen für eine zentrale Regelung nicht gegeben; es muß vielmehr den Bezirken (Orten) überlassen bleiben, die durch die jeweiligen Verhältnisse gebotenen Maßnahmen zu treffen.

Angesichts der außergewöhnlichen Umstände wird im Einzelfalle dabei zu prüfen sein, ob und inwieweit etwa trotz noch bestehender launischer Verträge Zulagen zu gewähren sind, ebenso wie erst in letzter Zeit vereinbarte Lohn erhöhungen auf der anderen Seite entsprechend zu berücksichtigen sein werden.

Der Abschluß über das endgültige Ausmaß der in Anbetracht der eingetretenen Teuerung zu gewährenden Zulagen wird im allgemeinen erst dann erfolgen können, wenn die Wirtschaftslage sich geklärt und die Frage auch bei Reich und Staat ihre Regelung gefunden hat.

Berlin, den 11. August 1921.
Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinden u. Kommunalverbände.
Mitgl. J. B. Staenke.
Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.
Peter Dedendach.

Für die in Privatbetrieben beschäftigten Straßenbahner sind im Anbetracht der Vorbereitungen noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft für das deutsche Transport- und Verkehrsgebiet befaßte sich in seiner Sitzung vom 10. August mit der Brotpreiserhöhung. Die anwesenden Vertreter sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer waren allgemein der Auffassung, daß für die Brotpreiserhöhung ein Ausgleich der Löhne zu erfolgen habe. Eine Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme, in der es heißt:

Der Vorstand der Z. A. G. erkennt allgemein an, daß eine neuwertige Erhöhung der Lebenshaltungskosten, wie sie durch die Brotpreiserhöhung eintritt, eine entsprechende Regelung der Löhne als notwendig erscheinen lassen kann. Er hält es für sachlich und nützlich, den angeschlossenen Arbeitsgemeinschaften eine gleichmäßige Regelung zu empfehlen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und an den verschiedenen Plätzen durchaus verschieden sind. Der Vorstand empfiehlt jedoch den angeschlossenen Organisationen, schleunigst in eine Überprüfung der in Betracht kommenden Lohnverhältnisse durch gemeinsame Verhandlungen einzutreten.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Straßen-, Klein- und Privatbahnen haben sich noch, werden aber hoffentlich in nächster Zeit zu einem betrieblichen Abschluß gelangen.

Halt werden die Kämpfe werden, die wir nicht um weiteren Aufstieg, sondern um die Aufrechterhaltung der bisherigen Lebenshaltung zu führen gezwungen sind. Ein Beispiel ist die Lage der Arbeiter in der Provinz. Für Arbeiter und Beamten werden die Löhne durch die Teuerung vermindert, während die Preise für Lebensmittel und andere notwendige Güter sich erhöhen. Die Arbeiter und Beamten werden gezwungen, die Löhne zu erhöhen, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Schlüssen zum Problem „Teuerung und Einkommen.“

Eine deutliche Sprache redet der Ortsausschuß Dortmund des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem auch die christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, in einer Eingabe an den Reichsminister und die sonstigen maßgebenden Stellen, wegen des Mißverhältnisses, welches sich durch die einsetzende Teuerung zwischen den Kosten der Lebenshaltung und dem Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in letzter Zeit ergeben hat. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Die Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte der dem deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsverband Dortmund, angeschlossenen Berufsgruppen, welche 40 000 Mitglieder umfassen, beauftragen den unterzeichneten Vorstand, Nachstehendes zur gefl. Kenntnisnahme und bringenden Berücksichtigung gang ergebendst zu unterbreiten:

Innerhalb der breiten Volksschichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, auch in unserem Lager, macht sich seit Wochen eine von Tag zu Tag steigende Erbitterung und irrenhafte Stimmung bemerkbar, die wenn nicht bald eine Entspannung eintritt, außerordentlich verhängnisvoll für unser Vaterland zu werden droht. Die Ursache liegt in folgendem:

Trotz der vor einem halben Jahre einsetzenden Preisentwertung bei gewissen Artikeln des täglichen Verbrauches, ist die Verzerrung der unteren Volksschichten weiter fortgeschritten. Der Preisabbau brachte keine Erleichterung, weil derselbe nur bei einigen Artikeln eintrifft, auf der anderen Seite aber noch notwendige Lebensbedürfnisse, wie Milch, Butter, Kohlen, Kartoffeln, Gemüse usw. derartig im Preise liegen, daß dadurch der Arbeiterhaushalt noch mehr wie bisher belastet wurde. Auch kommt die Wirkung des Steuerzuges hinzu.

Schon wieder stehen wir vor neuen drohenden Erbsverhältnissen, in Gestalt einer gewaltigen Brotpreiserhöhung, der Erhöhung der Wohnungsmieten und der kommenden Steuern aus Anlaß der vom Reiche übernommenen Pflichten in Erfüllung des Friedensvertrags, eine gewaltige finanzielle Belastung für die Arbeitnehmererschaft, die dieselbe zu tragen nicht mehr in der Lage ist. Warum nicht?

Es war großen Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten schon nicht mehr möglich, die vorgenannten Belastungen durch Lohnwechsellagerungen auszugleichen. Sobald das Pfund sprack und andere Artikel einige Pfennige im Preise nachließen, legte das Geschrei nach Lohnabbau ein. In einer Reihe von Betrieben wurden Feiertagslöhnen oder Arbeitszeitverkürzungen eingekehrt, wodurch viele Arbeiterfamilien in bittere Armut geraten sind.

Diese Verzerrung hat in den letzten Monaten wieder gewaltig zugenommen. Die unteren Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten können die neuen Belastungen nicht mehr tragen, empfinden dieselben auch als ungerecht und werden den härtesten Kampf dagegen führen.

Warum ist diese Belastung ungerecht? Sie ist ungerecht, weil die Regierung in den letzten Monaten die Preise überhöht in ihrem Verhältnisse zu den Löhnen, nach dem die Arbeiter und Beamten nicht mehr in der Lage sind, die Lebenshaltungskosten zu decken. Die Regierung hat die Preise überhöht, während die Löhne und Gehälter nicht entsprechend erhöht wurden. Dies führt zu einer ungleichen Belastung der Arbeiter und Beamten.

unterstützt. Diesen ungetreuten Gewinn haben wir in den Provinzen, die mit Hilfe des Reichsernährungsministeriums den Landwirten das Brogetreide neuer Ernte bewilligt werden. Den ungerechten Gewinn sehen wir weiter darin, das unter den Augen der Behörden die Kartoffeln in den letzten Monaten pro Hektar 2,50 M kosteten und heute immer noch mit 1,50 M bis 1,50 M bezahlt werden müssen. Den ungerechten Gewinn sehen wir weiter in den gewaltigen Preissteigerungen, welche wir gegenwärtig wieder beim Gemüse und allen sonstigen Lebensartikeln erleben. Eine ungerechte Belastung sehen wir ferner in der Verteuerung der Hausbrandstoffe, die zu den gegenwärtigen Preisen von vorgenannten Volksschichten kaum Irrealitäten, Renteneinzählern usw. einzuüberhaupt nicht mehr bezahlt werden können.

Während in den Städten der Wohnungsbedarf vollständig daratbederligt, sehen wir Luthauten entstehen, die mehrere Millionen kosten wie Kinos, Kaffees, Bankhäuser usw. Hier in den Städten müssen Eltern mit einem halben Dutzend und noch mehr Kindern in einem Zimmer hausen. Sie müssen ihre Familien einanderreihen und einen Teil der Kinder in Waisenhäusern unterbringen, weil sie kein Unterkommen für diese haben.

Die Folgen, die durch diese miserablen Verhältnisse auf sittlichem und geistlichem Gebiete sich auswirken, sind unbeschreiblich. Auf Grund des § 10 werden die Löhne nicht mehr auf den Preis der Lebensmittel angepasst. Sowohl bei Lohnverhandlungen als bei der Vertretung der Arbeitgeberverbände sind die Interessen der Arbeiter nicht mehr im Vordergrund. Die Arbeiter werden gezwungen, die Löhne zu erhöhen, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Dies führt zu einer ungleichen Belastung der Arbeiter und Beamten. Die Arbeiter werden gezwungen, die Löhne zu erhöhen, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Dies führt zu einer ungleichen Belastung der Arbeiter und Beamten.

Wir erleben eine Steuerrechtsbergerete Hinterziehung, wie sie noch niemals zu verzeichnen gewesen ist. Und das in jener Zeit, in der die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Steuern zwangweise vom Lohn genommen werden. Die Umsatzsteuern, welche ursprünglich den Gewinn beizubehalten sollten, sind restlos auf die vorgenannten abgewälzt worden, und belasten in der ungerechtesten Weise dadurch die hinterlassenen Familien. Hinzu kommt noch die Sorge, daß auch die neuen Steuern wieder von den schwächsten Schülern getragen werden sollen.

Infolge dieser Verhältnisse werden ganz gewaltige Lohnbewegungen demnächst in die Erscheinung treten. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie die Arbeitnehmererschaft in diesem Kampfe auf das Entschiedenste unterstützt und auch die Gehälter der staatlichen Beamten und Beamten in demselben Maße erhöht. Soll dem Geschrei nach Annullation der Anwartschaften an die Wohnstättenpreise nachgegeben werden, dann müssen auch die Einkommensverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten in gleiche Höhe gehiebt werden. Wir müssen ferner verlangen, daß die Regierung die Löhne und Gehälter entsprechend den Lebenshaltungskosten erhöht. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Lebenshaltungskosten zu decken und die Arbeiter und Beamten vor weiterer Armut zu schützen.

sein Einkommen über das der Lohn- und Gehaltsempfänger stellt. Unter allen Umständen aber fordern wir, daß die kommende steuerliche Belastung auf die leistungsfähigen Schultern abgewälzt wird. Nicht den Arbeitern, Angestellten und Beamten darf die künstliche Last aufgeschafft werden, sondern in erster Linie dem Besitz. Würde man es bei uns verheeren, einmal vom großen Geldbeutel die Steuern zu holen, welche wir nach unserer Finanzlage bedürfen und würden die besitzlosen Kreise nur annähernd mit Steuern zu drücken belastet wie die Lohn- und Gehaltsempfänger, dann blieben noch einige Millionen Mark übrig, mit welchem der Wohnungsbau gefördert oder andere soziale Bedürfnisse befriedigt werden könnten. Erfassung der Goldwerte und die Mitbeteiligung des Staates an dem Ertrage der Industrie und Landwirtschaft wären unseres Erachtens in erster Linie bei den neuen Steuern durchzuführen.

Gerade unserm Programm stehen wir nach wie vor auf dem Boden der voraussetzungslosen Nichterfüllung gegenüber Volk und Vaterland. Auch in der Betätigung des Gemeinschaftslebens wollen wir nach wie vor in Zukunft erfolgreich wirken. Aber unerträglich ist es für uns, wenn wir erleben müssen, daß gerade, weil wir uns in diesem Sinne betätigen, andere Volksschichten daraus doppelten Nutzen für ihren Egoismus ziehen.

Wenn wir in dieser ausführlichen Weise der Reichsregierung die Situation geschildert haben, kann getrieben von der Sorge für die Existenz unseres Vaterlandes. Nur eine Regierung, die die geschädigten Ungerechtigkeiten beseitigt und die Bedürfnisse der unteren Volksschichten, gemäß unseren obigen Forderungen, Rechnung trägt, kann uns retten und hat unser Vertrauen. Abernachts werden auch wir für Erhaltung unserer Rechte und Freiheiten und gegen die Ausbeutung des notleidenden Volkes durch eigene Volksgenossen mit den Schicksalen gewerkschaftlichen Mitteln kämpfen.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Dortmund.

Ein Kollege aus unseren Kreisen, den die Not besonders drückt, macht seinem gepropheten Sorgen in folgender Zuschrift an die Redaktion Luft:

Ein ernstes Wort an unsere Kollegen.

Nach wie vor der Kampf ums Dasein für uns Arbeiter so schwer wie in der augenblicklichen Zeit. Nicht allein, daß unsere Feinde uns Bedingungen auferlegten, unter denen wir, wie doch immer, als die wirtschaftlich Schwächsten am meisten zu leiden haben, nein der Feind im eigenen Lande, die Profitgier, die Habgier so mancher Kreise, der Hunger nach Papierscheinen seitens der Landwirte (Ausnahmen gibt es auch hier) sind es, welche den Kampf ums Dasein fast unerträglich machen. Was soll noch werden? So fragt sich mit Recht so mancher, der seine Liebe zum Vaterlande nicht am Geldbeutel mißt. Wenn bis vor einigen Monaten die Führer der Bewegung glaubten, nunmehr an dem Punkte angelangt zu sein, der ein stärkeres Bewußtsein der „Lohnbraube“ wohl nicht nötig machte, so zeigen sich erschreckender Deutlichkeit die letzten Wochen, wie fast man sich verrechnet hat. Und wie werden erst die nächsten Wochen mit der größten Sorge erwartet, wenn es heißt, Streiks und Hungerkassen lauten. Daß solche gewaltige Preissteigerungen nur durch höhere Löhne ausgeglichen werden müssen, ist ohne weiteres klar. Anders die Verlinkung deutscher

Arbeitgeberverbände. Sie läßt durch die Telegraphen-Union eine „Bremse“ los, in der es heißt: Es ist nicht richtig, so sagt die Erklärung, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohnsätze zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch steigender Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind. Dann wird weiter zu beweisen versucht, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß nicht angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife rechtfertigen lasse. Es ist wirklich mehr Hohn und Spott, was in dieser Erklärung steht. Zum tausendsten Mal sei gesagt, daß zunächst die Arbeiterschaft schon im ersten Kriegsmonat 1914 einer Verteuerung der Lebenshaltung von 15-20 Prozent gegenüberstand. Erst kam das Anziehen der Preise, dann Lohnherhöhung als soziale Forderung. Und heute schreibt man, die hohen Löhne sind schuld an der Preissteigerung.

erner sei gesagt, daß selbst „in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten“ das, was die Arbeiterschaft nötig hatte zum Dasein, nicht im Preise so gefallen ist, das sie es überhaupt kaufen konnte. — Bei den vielen Lohnherhöhungen wurde doch so oft gesagt, daß die bewilligten Lohnsätze nicht alles decken, andere Kreise müßten sich auch einschränken. Doch zu den gewaltigen Preissteigerungen kommt oder vielmehr besteht noch eine andere Sorge. Tatsache ist, daß z. B. dieses Jahr die Erholungsheime für Kinder in ganz ungenügender Weise seitens der Kinder besucht sind, jedoch man sich ernstlich mit deren Schließung befassen will. Woran liegt das? Weil die Arbeiterschaft nicht mehr in der Lage ist, ihren erholungsbedürftigen Kindern ein paar Stunden und sonstige notwendige Bekleidungsstücke zum Wechseln mitzugeben. Das ist gewiß hart und bitter. Aber wahr. Es wird die höchste Zeit, daß auch im Haushalt des Arbeiters die Wäsche- und Bekleidungsstücke ergänzt werden, denn das, was heute gefehlt, reicht übermorgen schon wieder entzwei. Wie man angesichts solcher ernster Tatsachen noch die obige Erklärung abgeben mag, ist offen gelagt ein Geheimnis. Es zeigt nur zu deutlich, daß man kein Verständnis für diese Dinge hat, oder haben will. Aus diesen kurzen Andeutungen schaut der Ernst der Situation, in der die deutsche Arbeiterschaft steht, deutlich heraus. Da heißt es läßt bleiben und den Dingen ruhig und sicher ins Auge sehen.

Ein hartes Postwerk hat sich die christliche Arbeiterschaft in ihren Verbänden geschaffen. An die Organisation aber werden in den nächsten Wochen Forderungen gestellt. Sie kann und wird diesen gerecht werden, wenn in erster Linie straffe Disziplin geübt wird. Angefangen vom Ersten bis zum Letzten. Daneben Treue und Opfermut. Wenn diese Tugenden in den nächsten schweren Wochen ganz besonders geübt werden, dann kann der Sturm kommen, woher er will die Arbeiterschaft wird ihre kümmerlichen Rechte sich nicht nehmen lassen.

Dazu gehört allerdings, daß vor unbesonnenen Handlungen dringend gewarnt werden muß. Soll der uns aufgezwungene Kampf gegen die Teuerung gewonnen werden, und er muß gewonnen werden, dann heißt es Ruhe bewahren und nur den Anordnungen der Märkten Kreise zu folgen. Die Erklärungen der Arbeitgeber be-

deuten für uns „drohenden Kriegszustand.“ Man will diese künstliche Teuerung dazu benutzen, einmal dem verhassten 8 Stundentag (trotz der vielen Erwerbslosen) eins zu versetzen und dann bei der Regelung der Löhne ein Geschäft machen. Demgegenüber stellen wir noch eine Warnungstafel auf, die jene Volkskreise wohl beachten sollten.

Die Brotpreiserhöhung u. ihre Folgen.

Die Erregung über die bevorstehende Brotpreiserhöhung ist allgemein. Sie beschränkt sich nicht auf die Arbeiterschaft, sondern erstreckt sich in nicht geringerem Grad auch auf die übrigen Verbraucherkreise, die auf festes Einkommen an Lohn oder Gehalt angewiesen sind und durch jede Steigerung der Lebensmittelpreise vor die Notwendigkeit einer neuen Lohnbewegung gestellt werden, als auf Beamte, Angestellte usw., ganz abgesehen von den besagten Kleinentrentnern, den Erwerbslosen, Arbeitslosen und Unfallrentnern. Zugleich mit den äußeren Anzeichen einer immer härter anschwellenden Erregung gelangen Vorklänge zur Abhilfe an die maßgebenden Stellen. Bedauerlicherweise scheitern diese Vorklänge zum Teil an der Macht der volkswirtschaftlichen Tatsachen. Wenn z. B. gefordert wird, daß eine künstliche Preislenkung dadurch herbeigeführt werde, daß Getreidezuschüsse in der bisherigen Höhe von 10 Milliarden weiter gewährt werden sollen, so wird dabei übersehen, daß infolge der ungeheuren Summen, die das Reich für Reparationszwecke aufbringen muß, eine Verbilligung des Brotes, wie sie bisher erfolgte, unmöglich ist. Eine Verteuerung des Brotes wäre auch dann eingetreten, wenn an die Stelle der bisherigen Bewirtschaftung des Brotgetreides nicht das Umlagenverfahren getreten wäre. Um diese Verteuerung wenigstens nach oben zu begrenzen, haben Reichstag und Kabinett einem Beschluß zugestimmt, wonach der künftige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen um nicht mehr als höchstens 40 Proz. übersteigen darf. Der Preis für ein Markenbrot im Gewicht von 1000 Gramm darf mithin im Höchstfalle 7 A betragen. Bei der nach wie vor notwendigen Einfuhr erheblicher Getreidemengen und dem schlechten Stand der deutschen Währung würde der Brotpreis weit höher getrieben werden, wenn nicht die Reichsregierung vom Beginn des neuen Wirtschaftsjahres bis zum 31. März 1922 einen Verbilligungsfonds von 2-4 Milliarden Mark bereitgestellt hätte. Wenn trotz dieser großen Zusatzzumme, die bei der gegenwärtigen außerordentlichen Anspannung der Reichskassen im Interesse der Vollgelsamtheit, also auch der Verbraucherschaft, nicht überschritten werden darf, eine fünfköpfige Familie künftig etwa 500 A mehr als bisher für ihren jährlichen Brotbedarf ausgeben müssen, so ist ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen, daß in Zukunft bei der Herstellung auch des rationierten Brotes jede Streckung durch minderwertige Ertragsmittel in Fortfall kommt und Geschmack und Nährwert dadurch wesentlich gesteigert werden.

Mit Rücksicht auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten ist Verlore getroffen, daß die kommunalen Verbände aus der Abgabe des Viehles keinen Gewinn erzielen. Eine Verbilligung von Brotgetreide ist verboten, und ebenso ist die Verarbeitung von Getreide und Hafer zu Branntwein nur mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums gestattet. Schließlich ist der bisher nach mancher Richtung gehemmte gewerbliche Handelverkehr mit Brotgetreide, Gerste und Hafer im-

verhals des Reichsgebietes erleichtert worden. Wie diese von der Regierung getroffenen Maßnahmen zielen darauf ab, einer Verringerung des Vorrates und einer allzu starken Preissteigerung nach Möglichkeit vorzubeugen.

Wie sich die Preise für das ab 15. August im freien Handel erhältliche Brot gehalten werden, läßt sich zur Zeit noch nicht genau übersehen. Es werden nach dieser Richtung vielfach Ziffern genannt, die unzuverlässig zu hoch gegriffen sind. Die Preisregulierung für die dem freien Handel zugänglichen Getreidemengen wird sich naturgemäß nach dem Grundprinzip des freien Handels, nach Angebot und Nachfrage, richten. Für die Ubergangszeit wird ein gewisses preisregulierendes Ventil dadurch geschaffen werden, daß in Zukunft, wie bisher, monatlich bestimmte Mengen an Roggenmehl an die Verbraucher abgegeben werden, die auf die Preisgestaltung des im freien Handel erhältlichen Mehles Einfluß ausüben werden. Was getan werden kann, um einen Ausgleich des durch die Brotpreiserhöhung verursachten Verteuerung der Lebenshaltung, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, zu erreichen, soll geschehen.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Ein Bericht über Lohnbewegungen und Tarifverträge läßt sich für die letzten 14 Tage kurz zusammen in die Formel: Lohnbewegungen auf der ganzen Linie. In Braunsberg und Erfeld kam es zu Zuständen, die aber in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder beigelegt werden konnten. An größeren Bewegungen, wegen der die Verhandlungen zur Zeit noch schweben, sind unter anderem zu nennen: Bei den Bahnen der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für die Straßenbahnen im besetzten rheinischen Gebiete, kann es noch immer nicht zu einer Einigung wegen der Einführung der sozialen Einrichtungen kommen. Aber Vorauszicht nach wird hier der gordische Knoten erst durch einen kräftigen Hieb durchgehauen werden müssen. In der Stadt Köln stehen die Gemeindearbeiter und Straßenbahner in Verhandlungen um Neuordnung der Lohnskala und Gewährung einer Anzahl Zulagen.

Im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiete kriecht es unter den Straßenbahnarbeitern, wie unter den Gemeindearbeitern ebenfalls.

Aus Sachsen kommen Nachrichten über Lohnbewegungen unserer Kollegen in Leipzig, bei der die Genossen unseres Verbandes auszusprechen versuchen, was ihnen aber nicht gelingen wird. Also auch die besondere Not der gegenwärtigen schweren Zeit kann sie nicht abhalten, den Verbandsgemeinschaften über das Wohl der Kollegen zu helfen.

Mitteilungen über eingereichte Lohnforderungen kommen aus Mittel- und Süddeutschland tagtäglich. Also Lohnbewegungen und streikende Kämpfe auf der ganzen Linie. Nach zu keiner Zeit hat die Kräfte der gewerkschaftlichen Organisationen so angespannt gesehen wie in der Gegenwart. Es heißt es mit doppeltem Rechte: Was der gewerkschaftliche Diktator. Zur die Zeiten eines unbedingten Handelns kann der Verband nicht verantwortlich gemacht werden.

Lohnabkommen mit den A. G. B. der Gemeinden der besetzten Rheinlande. Berichts in der letzten Nummer unter anderem berichtet wir über den Streik der Eisenbahntarifes und Landarbeitern, der sich erst, die

Verhandlungen über das Lohnabkommen noch schwebten. Dagegen haben nunmehr ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Das Zugeständnis des A. G. B. nach hartem Ringen lautet: Die Preise werden für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli in allen Ortschaften und Gruppen um 20 Pfg. pro Stunde erhöht. Für die Zeit vom 15. Juli bis 15. August in den Orten der Ortsklassen A I, A II und B beträgt die Erhöhung 35 Pfg. pro Stunde und C 30 Pfg. Die Stundenlöhne betragen somit:

Für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli 1921
Ortsklassen.

Gr.	A I	A II	B	C
1	6,20—6,40	5,92—6,12	5,54—5,74	4,99—5,19
2	6,00—6,20	5,73—5,93	5,36—5,56	4,82—5,02
3	5,70—6,00	5,45—5,75	5,09—5,39	4,68—4,88
4	5,50—5,80	5,26—5,56	4,91—5,21	4,42—4,72
5	5,00—4,20	3,73—3,81	3,50—3,80	3,19—3,49

Für die Zeit vom 15. Juli bis 15. August 1921

Gr.	A I	A II	B	C
1	6,35—6,55	6,07—6,27	5,69—5,89	5,09—5,29
2	6,15—6,35	5,88—6,08	5,41—5,71	4,92—5,12
3	5,85—6,15	5,60—5,90	5,24—5,54	4,68—4,98
4	5,65—5,95	5,41—5,71	5,16—5,36	4,52—4,82
5	4,05—4,35	3,88—3,96	3,65—3,95	3,29—3,59

Für die Zeit nach dem 15. August müssen neue Lohnsätze vereinbart werden. Die Arbeitnehmerorganisationen haben dem Arbeitgeberverband ihre Forderungen unterbreitet.

Dieses lautet: Erhöhung der Stundenlöhne um 1,50 M., des Kindergeldes von 1,50 auf 2—M. pro Tag. Ferner die Abkürzung der Löhne der einzelnen Ortsklassen nicht mehr nach Prozentsätzen, sondern um den festen Satz von 30 Pfg. vorzunehmen. Hoffentlich wird der Arbeitgeberverband diese Verhandlungen nicht mehr so in die Länge ziehen wie die zurückliegenden. Der Arbeiterschaft kommt sonst der Bedürfnis sehr zu fehlen.

Der Tarifvertrag des Hauptpersonals der Krankenkassen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet

ist folgender 3. Nachtrag vereinbart worden.

Durch Vereinbarung vom heutigen Tage ist der Tarifvertrag auf unbestimmte Zeit verlängert, es ist ein beiderseitig mit einmütiger Handlungsmäßig geschlossen worden.

Außerdem sind die Beschlüsse vom 1. Juli 1921 ab wie folgt festgesetzt worden:

Für das männliche Personal

In Gruppe I auf 390.— bis 440.— Mtl.
" " 2 " 350.— " 390.— "
" " 3 " 290.— " 300.— "

monatlich.

Für das weibliche Personal

In Gruppe I auf 200.— bis 250.— Mtl.
" " 2 " 170.— " 200.— "
" " 3 " 165.— " 200.— "

monatlich.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Zusammenfassung unserer Bauproduktionsgenossenschaften.

Unsere Genossenschaftsbewegung ist in den letzten Monaten um ein neues Zwangsbereit worden. Bisher hatten wir fast allein die Aufmerksamkeit der sich mit der Verteilung der letzten Ernte beschäftigten. Nunmehr wird in den Bauproduktionsgenossenschaften auch die Aufmerksamkeit auf die Produktion der Lebensmittel und der Bekleidungsgegenstände gelenkt. Wo es sich um die Produktion von Lebensmitteln handelt, sind wir in der Lage, die Produktion zu steigern und die Produktion zu steigern. Wo es sich um die Produktion von Bekleidungsgegenständen handelt, sind wir in der Lage, die Produktion zu steigern und die Produktion zu steigern.

gen, namentlich der hausgewerblichen Bau- und Bauproduktionsgenossenschaften gegründet. Ihnen haben wir regelrechte Unternehmerbetriebe zu erblicken, die — im Gegensatz zu den Bau-genossenschaften, die für den Bedarf ihrer Mitglieder Häuser bauen lassen — selbständig, genau wie ein privates Unternehmen, Baureparaturen usw. für fremde Rechnung ausführen.

Die Veranlassung zur Gründung dieser neuen Genossenschaften lag einmal in dem dringenden Bedürfnis, auf dem außerordentlich unübersichtlichen Bauproduktionsmarkt die so notwendigen Preisregulatoren und Preiskontrolloren zu schaffen, um so die sehr erheblichen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln nicht in die Tasche privater Unternehmer fließen zu lassen, sondern sie möglichst nutzbringend für die Allgemeinheit anzulegen, dann aber auch in der festen Absicht, endlich einmal mit der Gemeinwirtschaft einen praktischen Anschluß zu machen und die Theorie zu überwinden!

Die bisherigen Erfolge der Genossenschaften können nur als außerordentlich befriedigend bezeichnet werden. Bestehen doch bereits 26 derartige Genossenschaften in allen Teilen des Reiches, die für die Verbilligung der gesamten Bau-tätigkeit bereits Ertragsüberschüsse erzielt haben und auch den Nachweis erbracht, daß auch auf dem Wege der Produktion die genossenschaftliche Form anwendbar ist, ja ihr für die Zukunft die allergrößte Bedeutung zukommen werden muß.

Steht doch der große Theoretiker der christlichen Gemeinschaft, Dr. B. Welsch, in der deutschen rechtlichen Genossenschaft die Wirtschaft der Zukunft; hier wird nun zum ersten Male der praktische Beweis dafür angetreten. In diesen Genossenschaften ist besonders die Möglichkeit gegeben, den Geist des Kapitalismus zunächst in eigenen Kreisen zu überwinden, um sodann mit ihrer Hilfe auch die Öffentlichkeit zu zwingen, ein gleiches zu tun.

Am Sonntag, den 14. August, fand in den Räumen des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter in Berlin-Viktoriaberg der Zusammenkunft der Bauproduktionsgenossenschaften zu dem Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften statt. 30 Genossenschaften hatten Vertreter entsandt, die übrigen ihre Zustimmung schriftlich ausgesprochen. Vom Gesamtverband war der Kollege Bastrup, Berlin, erschienen.

Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Schulze über die Bedeutung der Bauproduktionsgenossenschaften im Rahmen der Volkswirtschaft und weiteren Referaten der Kollegen Nikolaus Sommer, Nürnberg und Schmitz, Köln, über Kapital- und Kreditbeschaffung und Materialbezug wurde in die Beratung der Sachverhalte eingetreten, deren Einmütigkeit einstimmig erfolgte. Zum 1. Vorsitzenden des Reichsverbandes wurde Johann der Kollege August Schönefeld, zum 2. Vorsitzenden ein noch zu bestimmender Vertreter des Gesamtverbandes gewählt. Kassierer wurde Anton Schmidt, Berlin, Schriftführer Joseph Schulze, Bielefeld, Clemens Schuler, sowie es sich noch zu bestimmender Vertreter des Gesamtverbandes, und auch des Reichsarbeiterverbandes. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden die Kollegen Schulze, Köln, Nikolaus Sommer, Nürnberg, Peter Warner, Berlin, gewählt. Die Verhandlungen des Reichsverbandes werden am 1. September in Berlin abgehalten.

Der Reichsverband hat sich auch mit dem Reichsarbeiterverband in Verbindung gesetzt und wird in der nächsten Zeit eine gemeinsame Arbeit aufnehmen. Ein gemeinsames Gremium wird sich bilden, um die gemeinsamen Interessen der Bauarbeiter zu vertreten.

... Allerdings sind die meisten Genossenschaften erst in den letzten Monaten gegründet worden und werden noch in den Anfängen, die gerade die „Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. in Bonn, welche jetzt etwa ein Jahr, sie zählt gegen 200 Mitglieder, von denen circa 600 im Betrieb beschäftigt sind.

In den ersten 6 Monaten ihres Bestehens hat sie für circa 7 1/2 Millionen Mark Aufträge aus 2 Millionen Mark billiger als die sonstigen Unternehmer! Die Größe des Unternehmens erreicht man schon daraus, daß sie monatlich über 800 000 A an Löhnen auszahlt. Eine eigene Tischlerei nennt sie bereits ihr eigen und damit die Richtung von Bestrebungen an, die darauf hinausgehen, auch die Materialherstellung und die Bauzubehörgewerbe selbst in die Hand zu nehmen. — Die anderen Genossenschaften verzeichnen eine ähnliche Entwicklung. Organisationsmäßig gliedert sich der Reichsverband in Bezirkskartelle, in denen die Genossenschaften einzelner Wirtschaftsgebiete zusammengefaßt werden. Bisher wurde ein rheinisch-westfälisches Kartell mit dem Sitz in Essen, Dänemark 9 und ein süddeutsches Kartell mit dem Sitz in Nürnberg, Nikolaus Sommer, Bogenstraße 33, geschaffen. Der Sitz des Verbandes, dessen Hauptaufgaben in der Interessenvertretung der Genossenschaften nach außen, dann in der Beschaffung und Gewährung von Geld und Kredit sowie in der Revision der ihm angeschlossenen Genossenschaften zu suchen sind, befindet sich in Berlin-Neudamm, Am Stadtpark 29. — Die dringendste und eiligste Aufgabe dieser neuen Genossenschaft ist unbedingt Pflicht eines jeden wirtschaftlichen Geschäftsinhabers! Helfen wir zunächst durch persönlichen Beitritt zu den allerwärts entstehenden Bauproduktionsgenossenschaften, sodann auch durch Zuführung und Vermittlung von Bauaufträgen. Wenn

wir in diesem Geiste handeln und mitarbeiten, dann dienen wir unserem großen Ziele, der Überwindung des materialistischen und mamonistischen Zeitgeistes und dem Siege der neuen, von uns ererbten Wirtschaftsordnung, der christlichen Gemeinwirtschaft!

275 Millionen Mark

Verticherungskapital mit 403 000 Prämie und insgesamt 7987 Anträge vermittelte die Versicherungsabteilung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Düsseldorf-Reisholz, vom 1. Januar bis 30. Juni 1921 für die durch die christlich-nationale Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung gegründete Deutsche Feuer A. G.

Wer hilft mit, das einmal begonnene Werk weiter auszubauen, sei es durch Überweisung seiner eigenen Versicherung (auch Mehrwertversicherung) oder als Mitarbeiter gegen angemessene Vergütung.

Die Kosten der Lebenshaltung im besetzten Gebiete.

Hierüber schreibt „Der Deutsche“ folgendes: Daß die Vorkriegskosten der besetzten Gebiete unter den Folgen des Friedensvertrages weit schwerer leiden, als die Bewohner des rechtsrheinischen Deutschlands, ist eine Wahrheit, die denen jenseits der Saniktionsgrenze viel zu wenig klar wird. Als ein Beitrag zur Kennzeichnung dieser Tatsache sei im folgenden einiges über die Preisunterchiede zwischen den Preisen im besetzten Gebiet und in Berlin (der Berliner Preis gilt im Reich als besonders hoch) wiedergegeben, das „Der Heimatdienst“ in seiner Nr. 25 zusammengefaßt hat. Es ist bemerkt, daß die Notierungen schon etwa zwei Monate alt sind und sich inzwischen noch bedeutend gehiebert haben.

Von Hülsenfrüchten kosteten Erbsen im Juni in Wiesbaden 4,74 A, in Düsseldorf 3,11 A, in Köln und Aachen 3 A und Trier sogar 6,10 A pro Kilo. Reichsdurchschnittspreis 4,90 A. Auch der Weizenmehpreis stand im Juni in Düsseldorf mit 2,65 A, in Köln mit 3,30 A über dem Berliner Preis von 2,80 A. Der Reispreis stand mit 7,05 A in Düsseldorf, 8 A in Trier über dem Berliner Preis von 6 A pro Kilsgramm. Ebenso erhob sich auch der Zuckerpreis, der seit Februar eine durchweg aufstrebende Richtung zeigte, mit 8,40 A in Wiesbaden, Koblenz und Düsseldorf, 8,50 A in Köln und 8,60 A in Trier merklich über dem Berliner Preis von 8,20 A. Der Preis für ausländisches Schweinefleisch, der bei freiem Verkauf in Berlin von 42 A im Januar auf 20 A im Juni gesunken war, hatte sich in den besetzten Städten aus in langsamerem Tempo erhiebt, und zwar in Koblenz auf 22 A, in Düsseldorf auf 23,45 A, in Köln auf 22 A, in Aachen auf 23 A und in Trier auf 24 A. Der Milchpreis ging in Wiesbaden, Koblenz und Trier mit 3,40, 3,10 und 3,50 A pro Liter noch wesentlich über den Berliner Höchstpreis von 3 A hinaus.

Eine Ausnahme bildet wegen der Nähe der Eruben der Kohlenpreis; der Berliner Preis mit 46,05 pro Doppelzentner wurde von den besetzten Städten im allgemeinen nicht erreicht; über dem Durchschnitt der preussischen Städte bewegte sich der Kohlenpreis dagegen in Koblenz mit 48 und Trier mit 48 A. Der Petroleumpreis stand wiederum ausnahmslos über dem Durchschnittspreis und dem Berliner Preis von 8, 45 A pro Liter. Auch eine Betrachtung der Fleischpreise liefert für den höheren Stand der Lebenshaltung im besetzten Gebiet ein bezeichnendes Bild. So betrug im Juni der Milchfleischpreis für je 50 Kilogramm in Düsseldorf

Drei verschiedene Wirtschaftsformen.

Von Wilhelm Kling

... Drei Wirtschaftsformen, die in den letzten Jahrhunderten am die Tagesordnung geronnen haben, sind noch heute lebendig, werden als Liberalismus, Sozialismus und Sozialismus bezeichnet. Sozialismus (von liberalis — freimächtig) hat in den letzten Jahren großen Ruhm erlangt, aber es ist immer größer werdenden Gegenstand gewesen und am zu mildern. In religiöser Hinsicht ist der Liberalismus indifferent, gleichgültig, hat aber in sich eine Anerkennung des Christentums, besonders gegen die falsche Kirche bekämpft. Man denkt nur an den Kulturkampf, dessen geistliche Ausnahmestellung des christlichen Bekenntnisses der Heiden völlig hinweggeföhrt wurden. Daß der Liberalismus einen geradezu antichristlichen Charakter hat, ist nur zu erklärlich. Ständen doch die Lehren vom Eigentum und der Persönlichkeit des Menschen mit der christlichen Lehre im Widerspruch. Nach keiner Auffassung ist das Individuum das beherrschende Element des gesellschaftlichen und der heiligtlichen Kultur des wirtschaftlichen Lebens, Kräfte und produktieren, aber in erster Linie in sich selbst zu finden; damit die „von Welt zum Welt“ zur Welt erlangen, das was die Welt zu sein, nicht von den Interessen und der Wohlheit der Nation, inheitlich von der Welt zu haben. Es ist sozialistisches, welches sich nicht selbst überlassen hat. Der Staat hat die Aufgabe, das Individuum und die Freiheit der Person zu schützen, aber auch die Interessen der Nation in das soziale Leben zu bringen. Es ist ein sozialistisches, welches sich nicht selbst überlassen hat. Der Staat hat die Aufgabe, das Individuum und die Freiheit der Person zu schützen, aber auch die Interessen der Nation in das soziale Leben zu bringen. Es ist ein sozialistisches, welches sich nicht selbst überlassen hat. Der Staat hat die Aufgabe, das Individuum und die Freiheit der Person zu schützen, aber auch die Interessen der Nation in das soziale Leben zu bringen.

Nur das Christentum ist unbefristet und in der Befestigung besonders im Christentum geordnet. (Individualismus). Im letzten Ziel der Kräfte, nur kann und soll sich der Staat zu fördern. Diese Grundsätze widersprechen dem Kapitalismus. Diese Norm der Wirtschaftsordnung brachte das Erwerbsunternehmen des wirtschaftlich Stärken, auf Kosten des Arbeiters und des Verbrauchers überhaupt, in den Vordergrund. Der Kapitalismus trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln, macht ihn arm und das Kind außerhalb der Familie in den Kampf um Dasein, machte den Menschen zum Objekt der Wirtschaft, degradierte seine Arbeitskraft zur Ware und machte aus der Verantwortlichkeit des Arbeiters geradezu einen Lohnsklave. Nach der christlichen Seite hat der Kapitalismus auch insofern schädigend gewirkt, als er dem menschlichen Menschen, der sich durch Gewissensbedenken nicht allzusehr beeinträchtigen ließ, die Wege ebnete zum wirtschaftlichen Emporstieg und in den Mächten des Volkes den unerbittlichen Drang nach dem Genießen des Lebens weckte und selbst auf's Land die Nachteile der Großstadtluft verplanten. Durch die sozialen Reformen wurde das liberal-kapitalistische Prinzip vielat durchbrochen. Die Revolution erklärte sogar die Machtstellung des Kapitalismus, der Produktion mensialens, während er auf dem Geldmarkt und im Handel überhaupt seine herrschende Stellung behauptet und das Schieber- und Wuchertum gerechtfertigt hat. Seine bedeutende politische Machtstellung wurde ganz durch die neue Wahlordnung hoffentlich für immer geschwächt. Der deutsche Militarismus enthielt, der in der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung einen natürlichen Nährboden fand, wurde durch die Revolution vernichtet, was aber national heute insofern von Nachteil ist, als wir dadurch ein sehr verbreitetes Volk geworden sind. Verachten wir nun kurz das Gewand des Liberalismus, den Sozialismus.

Der Sozialismus ist das andere Extrem. Während der Liberalismus die Freiheit ein-

selner von der Natur und anderen Umständen bevorzugter fördert, überträgt der Sozialismus den Individualismus auf die Gesellschaft oder den gesellschaftlichen Staat. Er will eine näher zu mechanische Einheit etwa wie die einer Maschine. Die einzelnen Glieder der Gesellschaft sollen vollständig in dem einheitlichen Ganzen aufgehen. Bei der Maschine ist die treibende Kraft der Dampf oder die Elektrizität, beim menschlichen Staate der Gesamtwille zum Leben. Der Sozialismus kennt keine Rechte des einzelnen gegenüber der Gesellschaft, er will eine einheitlich durchgeführte staatliche Zwangsorganisation, wo jeder in der Wirtschaft die Stelle einnehmen hat, die ihm die Gesellschaft zuweist. Er will also die Abschaffung des freien Verfügungsrechtes über die menschliche Arbeitskraft, über Grund und Boden, über das Kapital als wirtschaftendes Mittel und über die Produktionsmittel wie Maschinen und Werkzeuge. Alle Produktionsmittel werden in den Bereich der Gemeinschaft entweder durch gesetzliche Bestimmung oder durch Gewalt überführt. Die Selbstständigkeit der Privatwirtschaften müssen verschwinden, die Gesellschaft soll allein der Träger der gemeinsamen Güterverteilung und Güterverteilung sein. — Der Sozialismus ist eine Utopie, und seine Ziele lassen sich auf die Dauer nicht verwirklichen; denn er verkümmert die Natur des so verschiedenartig verankerten Menschen. Ferner läßt er die Wertung der Tatsache außer Acht, daß es nur wenige Menschen sind, die tätig in einer Idee auf Binnenerklärung ihrer eigenen Interessen aufgehen. Wie soll es da möglich sein, alle Menschen, auch nur die einer Nation, für die zweifelhafte Idee des Glückes in der sozialistischen Gesellschaft gelassen zu machen. Das höchste von jedem Menschen eine herrliche Selbstverwirklichung verlangen. Und diese großartige Umgestaltung der niederen Instanzen in der menschlichen Natur will der Sozialismus nur durch Anstiftung erreichen. Wie es in Welt, habeit mit dieser Selbstlosigkeit der Massen ansieht, das haben die zur Revolution seit einzelnen Soldaten, fernst die Räteorganisation

1362,50 A. in Köln 1358,50 A. in Aachen 1300 A im Vergleich zu 1276 A. in Berlin; der Schweinefleischpreis war in Düsseldorf 1625 A, in Köln 1600 A, in Aachen 1575 A gegenüber 1487,50 A in Berlin.

Nicht man zum Vergleich nicht die Berliner Preise, sondern z. B. die Preise mancher ostdeutschen Gemeinden heran, so erhellt die Notlage der besetzten Gebiete natürlich noch um vieles deutlicher.

Die Bedeutung der Krankenkassenwahlen.

Bis zum Ende dieses Jahres müssen bei allen Krankenkassen die Mitglieder der Ausschüsse und Vorstände neu gewählt werden, da die Amtsdauer der legitim gewählten Arbeitgeber- und Versichertenvertreter bei den Organen der Krankenkassen mit Schluß des laufenden Jahres endigt. Das Reichsarbeitsministerium hat weder einen einheitlichen Zeitpunkt für diese Wahlen festgesetzt noch besondere Richtlinien erlassen. Auch die gesetzlichen Grundlagen der Krankenkassenwahlen, wie sie in der Reichsversicherungsordnung festgelegt sind, sind im allgemeinen die gleichen geblieben. Das aktive so wohl als auch das passive Wahlrecht ist nach wie vor an die Vollendung des 21. Lebensjahres geknüpft. Als bedeutendste Änderung ist zu vermerken, daß nunmehr auch bei den Land- und Krankenkassen das gleiche Wahlrecht besteht, wie bei den Ortskrankenkassen.

Bei einem Teil der Kassen sind die Wahlen schon vollzogen worden, bei der Mehrzahl wird in den nächsten Monaten gewählt. Die bisher getätigten Krankenkassenwahlen weisen mit wenigen Ausnahmen als übereinstimmendes Merkmal eine sehr geringe Wahlbeteiligung seitens der Versicherten auf. Dies mangelnde Interesse der Versicherten beweist, daß sich die allermeisten Wahlberechtigten der Wichtigkeit der Kranken-

kassenwahlen gar nicht bewußt sind und daß auch seitens der leitenden Kollegen in unserer Bewegung vielmehr als bisher an der Aufklärung der Mitglieder und der Hebung ihrer Wohlfreudigkeit im Bezug auf diese Wahlen getan werden muß. Während bei den Berufsgenossenschaften, den Trägern der Unfallversicherung, die Versicherten in der Verwaltung gar nichts zu sagen haben, und die Rechte der Versicherten in den Organen der Träger der Invalidentversicherung, den Versicherungsanstalten, praktisch von nur geringer Bedeutung sind, haben die Versicherten bei den Krankenkassen eine ausschlaggebende Stellung inne. Sie stellen, entsprechend ihrer Beitragsleistung, zwei Drittel der Mitglieder der Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen und üben damit auf die Verwaltung der Kasse wie überhaupt auf die praktische Auswirkung der Krankenversicherung den stärksten Einfluß aus.

Singu kommt noch, daß die Krankenkassen-Ausschüsse wählen für alle sich auf Grund der R.-V.-O. ergebenden weiteren Wahlen sind. Die kommenden gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Versicherungswesens werden an diesem Zustand voraussichtlich nichts Wesentliches ändern. Von der Stärke der Vertretung unserer Bewegung in den Ausschüssen und damit in den Vorständen aller Krankenkassen, also der Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, hängt somit letzten Endes unser Stützverhältnis bei den Vertretungen der Versicherungsbehörden und sogar bei den Organen der beiden anderen großen Versicherungszweige: den Landesversicherungsanstalten und den Berufsgenossenschaften ab. Folgende Erläuterung beweist dies. Die vollständigen Kassenmitglieder wählen den Ausschub, die Mitglieder des Ausschusses wählen den Vorstand der Krankenkasse. Die Vorstände

mitglieder aller Krankenkassen eines Versicherungsamtsbezirks wählen die Vertreter bei dem Versicherungsamt; die Versicherungsamtsvertreter von allen Versicherungsämtern im Bereich eines Oberversicherungsamts wählen die Beisitzer zu demselben, außerdem wählen sie die Mitglieder des Ausschusses der Invalidentversicherungsanstalt, zu dessen Bezirk sie gehören und, soweit sie der landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterliegen auch noch die Versichertenvertreter zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Die Mitglieder des Ausschusses der Invalidentversicherungsanstalten wählen die nichtbeamteten Vorstandsmitglieder derselben. Die Beisitzer bei den Oberversicherungsämtern des ganzen Reiches wählen die nichtständigen Mitglieder am Reichsversicherungsamt und, wo noch Landesversicherungsämter bestehen, die nichtständigen Mitglieder zu denselben. Außerdem wählen die der gewerblichen Unfallversicherung unterstehenden Beisitzer am Oberversicherungsamt die Versichertenvertreter zu den Beratungen der gewerblichen Unfallverhütungsvorschriften.

Gerade die Mitarbeit der Versicherten bei den Trägern der Sozialversicherung und besonders bei den Krankenkassen ist von höchster Bedeutung. Das Verständnis hierfür muß wieder in viel stärkerem Maße zum Bewußtsein der Mitglieder unserer Gesamtbewegung gemacht werden. Von dem Ausgang der Krankenkassenwahlen hängt nicht nur das Aussehen unserer Bewegung ab, sondern auch der Stärke des eingetragenen Vertreteranteils richtet sich auch der Grad der Möglichkeit, unsern Mitgliedern eine soziale Suchtungsgelegenheit zu geben, wie sie sonst nirgendwo geboten werden kann. Dieser Erkenntnis zufolge zu handeln, ist das Gebot der Stunde!

R. S.

in München und das Kaiserthum zur Kenntnis bringen. Zudem ist der Sozialismus kein Ideal, weil er die Willensfreiheit vernichtet und die ewige Bestimmung des Menschen leugnet. Zwar bringt hat in neuerer Zeit eine neue Form des Sozialismus Vohn. Sie bedeutet eine Abspaltung von den altmarxistischen Grundlagen und möchte beide: Gemeinschaft und Persönlichkeit und unterschneidet, hat infolgedessen nach dem christlichen Prinzip des Sozialismus, als letzteren die Berechtigung des Privatkapitalismus grundsätzlich anerkannt und eine Verstaatlichung eines Privatbetriebes nur da zulassen will, wo es der Allgemeinheit zum Wohl gereicht bei gerechter Entschädigung des bisherigen Besitzers. Der praktische Sozialismus, wie er heute an den sozialistischen Parteien geübt wird, erstreckt nur selbstthätige, auf rein wirtschaftliche Vorteile und auf irdischen Lebensgenuss einzusetzende Ziele gegenüber der unteren Schichten des Volkes, die als Proletariat bezeichnet werden. Diese praktische Art des Sozialismus unterdrückt sich nur dadurch vom Kapitalismus, als er statt des höchsten Selbstinteresses des Kapitalisten das des Proletariats auf Kosten der Allgemeinheit in der Vordergrund stellt und durch die Diktatur des Proletariats an die Stelle der kapitalistischen gesammengesetzten Sozialisten setzen will.

Während in den beiden Extremen des Liberalismus und Sozialismus bemerkt sich auf der goldenen Mittelstraße der Wahrheit der Sozialismus. Langsam aber nähert sich er im Vormarsch begriffen. Er hat gegen zwei Feinde zu kämpfen, gegen den materialistischen Zeitgeist, der heute fast alle Stände, sogar die im Grunde noch christlich-gottfurchen erfüllt hat und gegen den ferdinandsozialistischen Geist, der immer noch so gern von altmarxistischen Herim-Donne-Cronen mit warrt, wobei nicht berücksichtigt wird, sondern des neue Gebührende und der Wohlstander maßgebend ist. Das Denken des Sozialismus gründet sich auf Solidarität. Solidarität versteht man die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder einer Abgrenzung für jeden Mitbewerber auf alle Teile, das Wort

nen. Die Verantwortungen können freiwillig übernommen sein oder durch gerichtliche Maßnahmen offiziell rechtlich verpflichtend werden. Diese letztere Art der Gemeinschaft bildet den berechtigten und unerschütterlichen Kern des Sozialismus. In der neuesten Literatur wird letzteres System nicht als christlicher Sozialismus bezeichnet. In Wirklichkeit ist es aber ein sozialistischer Sozialismus. Beide Arten der Solidarität sind demokratisch. In der christlichen Verwirklichung beider Prinzipien wird das Ideal des solidarischen Volkstaates kommen, das sich in der Praxis als Werks-, Arbeits- und berufständliche Volksgemeinschaft gestalten wird. Die wahre Volksgemeinschaft hebt den Unterschied der Stände nicht auf, beileidet aber das Trennende und mildert allmählich die Klassengegensätze, indem sie den Arbeiter ebenso wie den Grundbesitzer als vollgültige Glieder des Staates und den Arbeitnehmer wie den Arbeitgeber als Personen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten betrachtet und behandelt.

Der solidarische Grundsatz lautet also: Alle für einen und eines für alle. Diese Idee ist durch aus christlich, nicht Antireformierung, sondern Antireformierung in allen Verfassungen unabhängig der Einheit auf dem Boden der Gerechtigkeit ist seine Parole. Nach seiner Lehre ist der Mensch der Träger und das Ziel der Wirtschaft. Arbeit und Kapital sind die Faktoren der Produktion und auf einander angewiesen. Der Sozialismus hat auch bereits Erfolge zu verzeichnen. Die soziale Reformen, vor allem die Schul- und Versicherungsreform, das Betreiberecht und die Einführung des Schlichtungsausschusses sowie die Gründung und Ausbau der Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft als Arbeitsorganisationen sind kein Werk. Selbst die besten Gewerkschaften sind auf Grund ihrer Grundidee auf dem Weg und sie nicht gelangt, dem sozialen Prinzip zum Zweck zu verhelfen weil sie im Grunde antireformistisch verfahren und noch zu sehr von den Händen des Klassenkampf predigenden Sozialismus umflutet sind. Eine Erneuerung der alten christlichen Ideale, die nicht nur den Bestehenden und

gebildeten Ständen, sondern auch den Arbeitern helfen sollte, wird der Sozialismus nie die Oberhand gewinnen. Denn es hat sich nur allzu deutlich gezeigt, daß die sozialen Reformen nicht genügt zur Überwindung des Kapitalismus und des unchristlichen Mannontages. Der Sozialismus erstrebt, daß alles, was über den persönlichen Bedarf hinaus produziert wird, in irgendeiner Weise der Allgemeinheit zur Verfügung zu kommen. Dabei ist der persönliche Bedarf nicht auf ein Existenzminimum zu beschränken, sondern er muß den wirklichen Verhältnissen angepasst werden. Neben der Arbeit hat ein Recht auf menschenwürdige Erhaltung für ein Hausen- und Schmarogenerum, das sich nicht auf Kosten der Allgemeinheit, das der Sozialismus kein Verständnis hat. Niemand hat ein Recht zu pfeifen, während Hunderttausende laum das Notwendige zum Leben haben. Wenn die Besitzer von Vertrieben sich nicht lediglich leisten lassen von der Rentabilität ihrer Unternehmung, sondern ebenfalls von dem Verdanken der politischen und leblichen Förderung des Wohles ihrer Angehörigen und Arbeiter, dann wäre sehr viel gewonnen. Aber das ist nur möglich durch den handverehenden Geist der christlichen Nächstenliebe. Ohne diese muß auch die soziale Gerechtigkeit auf einem toten Quark gelangen. Der Sozialismus ist sich bewußt, daß wahre Freiheit nur auf dem Boden der Ordnung und durch Selbstkritik erblüht. Eine völlige Gleichheit aller Staatsbürger kann es nicht geben, weil sich die Unterschiede der körperlichen Veranlagung, noch mehr aber der geistigen Begabung nicht beseitigen lassen. Was sich in sozialistischen Vorträgen erreden läßt in der menschlichen Dummheit, ohne Achtung auf Wissenschaft und Bildung.

Arbeiterbewegung.

Freigewerkschaftliche Handlangerdienste gegen den gesetzlichen Achtstundentag.

Bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit werden die christlichen Gewerkschaften und deren Funktionäre als Gegner des Achtstundentages eingestellt. Wo tatsächlich die Sachotoren der gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag sind, beweist wieder nachstehender drastischer Fall. Bei der im In- und Auslande bekannten Steinhäger-Brennerei, Firma Schlichte in Steinhausen (Westf.) hat sich der freigewerkschaftliche Betriebsrat (christliche Gewerkschaftler kommen im Betriebe nicht in Frage) unternommen, neun Stunden zu arbeiten. Mit dem Versprechen, wenn im Sommer neun Stunden gearbeitet würde, so sei auch im Winter die ständige Arbeit ohne Auslastung gesichert, haben sich diese freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder von der Firma einwickeln lassen, ohne diesen unzulässigen Widerspruch zu merken. Bei der Neuwahl im April wurde der alte Betriebsrat wegen seiner Tüchtigkeit im Werte belassen und keine Wahl vorgenommen. Weshalb wird seitens des Brauerer- und Mühlenarbeiterverbandes dem die Schlichte'schen Arbeiter angehören, gegen diese Geschlechter nicht vorgegangen? Will man die Firma schonen oder fehlt der Mut zur einen Courage?

Lohnbewegung der beim Reich beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter.

In Anbetracht der Besteuerung der Lebenshaltung hatten die Organisationen der beim Reich beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsregierung neue Lohnforderungen unterbreitet. In der Zeit vom 22. bis 28. August fanden zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der großen Gewerkschaften der Arbeitnehmer unter dem Vorsitz des Reichsanwalters Verhandlungen statt. Nach diesen Wägen und nachdem nachdrücklich die Forderungen zu machen drohten, kam endlich am 28. August folgende Vereinbarung zustande:

Die Teuerungszulage zum Grundgehalt der Ortszuschläge für die pleinmäßigen Gehaltsamen werden für die Orte der Ortsklasse A auf 98 Prozent, B auf 91 Proz., C auf 87 Proz., D auf 87 Proz., E auf 85 Proz. festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Gesamtbezüge um 3 1/2 bis 20 Prozent in den Ortsklassen A bis E.

Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Dienstverdienst nebst Teuerungszulage einen weiteren Teuerungszulage in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst nebst Teuerungszulage das Dienstverdienst nebst Teuerungszulage eines pleinmäßigen Beamten der ersten Forderungsklasse der Eingangsgruppe erreicht.

Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Dienstverdienst nebst Teuerungszulage einen weiteren Teuerungszulage.

Die Teuerungszulagen zu den Kinderzulagen werden in den Orten der Ortsklasse A auf 100 Prozent, B und C auf 175 Proz., D und E auf 175 Proz. festgesetzt.

Die pleinmäßigen Teuerungszulagen werden auf 100 Prozent festgesetzt.

Die Teuerungszulagen zu den Ruhegeldern werden auf 100 Prozent festgesetzt.

Die Teuerungszulagen zu den Pensionen werden auf 100 Prozent festgesetzt.

Die Teuerungszulagen zu den Witwenrenten werden auf 100 Prozent festgesetzt.

Für Angestellte finden die Sätze 1, 2, 3 und 7 angemessen Anwendung.

Der bisherige Teuerungszulage für männliche Arbeiter über 21 Jahre wird ab 1. August pro Stunde um eine Mark erhöht werden. Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung der Teuerungszulage sich ergebenden Folgerungen gezogen.

Aus den Ortsgruppen.

Reich a. Reich. Am Sonntag, den 31. Juli, fand eine gutbesuchte Versammlung unserer Ortsgruppe statt, in der unser Bezirksleiter Weigler einen Vortrag über: Die neue Teuerungszulage und welche Maßnahmen sind leitend der Gewerkschaften zu ergreifen um einen Ausgleich in den Einkommensverhältnissen zu schaffen, hielt. Redner behandelte die Entwicklung der Lebensmittelpreise seit Aufhebung der Zwangswirtschaft, die vera. Jahres mit der freien Vermarktung des Fleisches begann und später übertrug wurde auf die Eier, Milch und Molkereiprodukte. Das für Brotgetreide erlassene Umfängerfahren bedeutet eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft waren die Regierungsorgane der Meinung, daß die herauszufinden Teuerung dieser Lebensmittelpreise nur eine vorübergehende Erscheinung sei und daß nachträglich eine bedeutende Senkung der Preise eintreten werde, die zum Abbau der Löhne führen müsse. Die Tarifbewegungen Ende vera. Jahres waren von dieser Annahme stark beeinflusst und wie sich nachträglich herausstellte, zu ungunsten der Arbeiterschaft. Derselben wäre es lieber gewesen, wenn der erwartete Preisabfall eingetreten wäre, weil bei einer Steigerung der Lebensmittelpreise immer eine Senkung des Geldwertes eintritt und die Lohnrechnungen bloß als nur eine Täuschung des Normalverhältnisses mit sich bringen. In den letzten Wochen habe bereits die Teuerungszulage eingesetzt, deren Ende noch nicht abzusehen ist. In Anbetracht der noch zu erwartenden erhöhten Steuern auf Lebens-, Genuss- und Verbrauchsmittel. Eine Folge der Verschärfungen. Wenn die Politik durchgeführt werden soll, die einheitlich u. Produzenten für Lebensmittel durch Wegnahme aus dem Auslande zu verhindern, eine Senkung der Preise vorzunehmen, dann müßten die Preise dem Weltmarktpreis angepasst werden. Für ein solches Ubergangsstadium werde die Lage für die Arbeiterschaft immer kritischer und es müssen Schwerkrisen eintreten, die eine bedeutende Erhöhung bringen. Der Verband werde alles daransetzen, solche Forderungen durchzusetzen, daß die Arbeiter ein ausreichendes System finden. In der Debatte wurde besonders die Verleumdung der Ortsklassen D und E verurteilt, die sich keinesfalls mehr rechtfertigen lassen. In den ländlichen Orten die Kolonialwaren, welche von teurer sind als in den größeren Städten. Nachdem der Referent noch über die zu erwartende Frankfurterwahl der Betriebsräte der Arbeiter für die oberste Staatsbehörden sprach, schloß der Vorsitzende Kollege Nieder, die Versammlung.

Prüfung. In der großen Idee, die sonst nicht vorfindet für Versammlungsbücherei ist, hatte unsere am 1. August abgehaltenen Versammlung, an der sich auch die Kollegen der Ortsgruppe Scheurli fest beteiligten, einen sehr guten Erfolg aufzuweisen. Der Vorsitzende W. Iger sprach in eingehender Weise über die Entwicklung der Teuerung, deren Ursachen und die zu ergreifenden Maßnahmen, um einen Ausgleich in der Lohnfrage für die Arbeiter zu erzielen. Wir können uns aber das Gesprochene den Raum ersparen, nachdem über diese Angelegenheit eingehender in der Tagespresse berichtet ist. Eine besondere Erwähnung der Arbeiterwahl möchte sich bemerkbar, weil die auf dem Lande wohnenden Arbeiter von den Bauern bei Abgabe von Lebensmitteln rechtlich behandelt werden entweder nicht bekommen oder während die Ruhepreise für die Arbeiterhandwerker, die Arbeiterhandwerker und Arbeiterhandwerker zu wissen. Bei Punkt 2. wurde das aus Kollege Weigler Mitteilung über die Lage der auf dem Lande sich entwickelnden Wirtschaft, die sich im Moment befindet und über den Stand der Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen für den Arbeiter, die Arbeiterhandwerker und Arbeiterhandwerker zu wissen. Bei Punkt 3. wurde das aus Kollege Weigler Mitteilung über die Lage der auf dem Lande sich entwickelnden Wirtschaft, die sich im Moment befindet und über den Stand der Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen für den Arbeiter, die Arbeiterhandwerker und Arbeiterhandwerker zu wissen.

abbe, auf welche die Arbeiter ihre Hoffnungen setzen könnten, und das sei der restliche Anschlag an die Organisation.

München i. Baden. In der diesigen Klasse des sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes wird ein unerwarteter Sozialismus aufgebracht. Der Klassenkampf des Arbeiter Programms nicht sich in einer ergebnisreichen Anwendung und gegenüber unsern Kollegen bemerkbar. In der Klasse der Arbeiter des Anstandes werden unierten Kollegen gegenüber beiseite gesetzt. Nicht nur werden Kolonnen die Kollegen verdrängt dargestellt, sondern man erfindet einfach Schauergeheimnisse, um die diesigen christlichen Arbeiter vor den christlichen Gewerkschaften praktisch zu machen. So wurde in letzter Zeit behauptet, unsere Kollegen Schupf und Mosbacher hätten lediglich für ihre Person beim Gemeinderat den Antrag gestellt, in eine höhere Lohnklasse aufzunehmen zu werden. Selbstverständlich ist diese Behauptung einer Schandtat und elende Verleumdung, zu dem Zwecke erfunden, um einen Teil zwischen die Vorläufer der christl. Gewerkschaften und die Mitarbeiter zu treiben. Leider muss gesagt werden, daß einige wenige Mitarbeiter, die erst seit kurzer Zeit christlich organisiert sind, auf diese Lügen hereinfielen und dem Verbands den Rücken schrieben. Eine solche Sanktionsweise ist unüberhörlich. Seine Verhandlungsfähigkeit weicht ein charaktervoller Mensch nicht im Tempo eines Weisheits. Nach den bisherigen Erfahrungen müßten sich unsere Kollegen bestimmen lassen, daß die ansatzreichen Verdächtigungen eine den Arbeit haben können, nämlich in unsere Mitarbeiterkette hineinzutragen.

Mit aller Schärfe müssen wir die Behauptung, daß sie die Genossen die Arbeitsspielen zu vergeben hätten, zurückweisen. In dieser Frage wird in nächster Zeit der Gemeinderat zu entscheiden haben.

Gerade unter den schwierigsten heutigen Verhältnissen muß es Aufgabe eines jeden christlich denkenden Arbeiters sein, die eigene Verbindung mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihrer Bestandsstärke entspricht und in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen hinter keiner anderen zurückbleibt.

Angeichts der neuen Teuerungszulage müssen wir aller Parolen, unsere Gewerkschaftsbewegung zu führen. Als Vorsitzender unserer Ortsgruppe wurde der Kollege Joseph Laub gewählt. Ein Mitarbeiter, darüber der Kollege, der das Vertrauen aller besitzt. Der Ortsgruppenrat hat bereits einen Antrag an den Verband der mittleren Städte Baden erichtet und Bewilligung einer den Teuerungszulagen entsprechenden Zulage beantragt.

Gaß an der Gaß. In den letzten Versammlungen nahmen Stellung zu der durch die wieder einsetzende Teuerung hervorgerufenen mitleidigen Lage der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist bedrückt in längeren Ausführungen die Teuerung, ihre Ursache und Wirkung. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen und aus der Mitte der Versammlung heraus beantragt, neben der Erhöhung der Ruhepreise, der Ruhepreiserhöhung und Abschaffung des Kleidergeldes eine Erhöhung der Stundenlohn entsprechend der Teuerung von 2 A pro Stunde zu fordern. In beiden Versammlungen wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen: Die zwei aufgeführten Versammlungen der Ortsgruppe des Arbeiterverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands ergeben schärfsten Protest gegen die bereits eingetretene und noch in Aussicht stehende unerhörte Steigerung der Preise für Lebensmittel und aller Verbrauchsmittel. Keine Kreise der Bevölkerung, Arbeitnehmender Kleinrentner sowie alle jene, die nicht in der Lage sind, einen Ausgleich der Teuerung durch Erhöhung ihres Einkommens sich zu schaffen, neben allmählich der völligen Verelendung entgegen. Von Reich, Staat und Gemeinde muß erwartet werden, daß diesen Leuten die nötige Hilfe durch die Tat zuteil wird.

Den durch die erneute Preiserhöhung in Not geratenen künftigen Arbeiter und Bauern bleibt, um ihre Existenz erhalten zu können, kein anderer Ausweg, als die Erhöhung ihres Einkommens zu fordern. Vom Staat erwarten wir, daß er weiterer Lage der Arbeiterklasse entgegenkommt, und den künftigen Arbeiter seinen Arbeiterverband zu unterstützen. Der Arbeiterverband wird sich in der Lage befinden, die Teuerungszulage zu fordern, die den Arbeitern und Bauern zuteil wird.

Samstag, 1. August 1920. In der Versammlung der Ortsgruppe des Arbeiterverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands wurde einstimmig beschlossen, die Teuerungszulage zu fordern, die den Arbeitern und Bauern zuteil wird.

